

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 24. November 1903.

№ 136.

„Die großen Prinzipien des modernen Rechtes!“

(Zum Leipziger Schriftgießerstreik.)

In der Besprechung eines Gewerbegerichts-urteiles schreibt das Prinzipalsorgan, die Zeitschrift, von dem Koalitionsrechte als eines der großen Prinzipien des modernen Rechtes. Nur scheint dabei der Zeitschrift der Irrtum zu unterlaufen, daß dieses Recht in den Glaschrank zu stellen und höchstens alle heilige Zeit einmal dem Wolfe gezeigt werden dürfe. Die Zeitschrift will in der Praxis das Koalitionsrecht der Gehilfen derart gestalten wissen, daß es, gemäß dem Ausspruch eines Parlamentariers, ein Messer ohne Hest und Klinge sein soll. Das beweist der leider jetzt unvermeidlich gewordene Kampf im Leipziger Schriftgießergewerbe. Denn daß es so weit gekommen ist, liegt an der Verleugnung der „großen Prinzipien des modernen Rechtes“ durch die zweifellos erkennbaren Ratgeber der hiesigen Schriftgießereibesitzer. Daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht auch ausüben wollen, das verdankt ihnen die Zeitschrift. Von vornherein haben die Leipziger Schriftgießereibesitzer es abgelehnt, mit den Gehilfen überhaupt zu verhandeln, der Letzteren Organisation war für die übel beratenen Prinzipale Luft. Wollten die Gehilfen mit aller Gewalt streiken, dann brauchten sie nicht das Tarif=Amt zu ersuchen, die betreffenden Prinzipale zu Verhandlungen mit der Gehilfenschaft geneigt zu machen, ein Beweis, daß man prinzipalseitig wohl die eigne Organisation, aber nicht die der Gehilfen als das mehrfach betonte große Prinzip anerkennt will. Wenn die Gehilfen von ihrem Koalitionsrechte keinen Gebrauch machen, wenn sie mit ihm nicht bestimmte Wünsche und Forderungen geltend machen sollen, was sollen sie dann mit diesem schönen „Prinzip“ anfangen? Dann können sie es ruhig beim Alteisenhändler im Brühl zu herabgesetzten Preisen loschlagen. Und zwar um so eher, als es sich bei den Forderungen der Gehilfen nicht um ein frivolos, aus dem Kermel geschütteltes Verlangen handelt, sondern um den Versuch, Leipzig als Schlüsselstein der gewerblichen Ordnung im Schriftgießergewerbe einzufügen. Darüber haben wir uns bereits in Nr. 133 des Corr. deutlich genug ausgesprochen.

Wenn nun in dem Augenblicke, da diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, die Leipziger Schriftgießereiarbeiter und -Arbeiterinnen bereits die Stätten ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit verlassen haben — darunter Arbeiter, die bis zu fünf- undzwanzig Jahren in einem und demselben Geschäft in Kondition standen —, so tragen die Prinzipale ihren großen Teil Schuld daran. Um der Wahrheit willen muß daher der nachstehenden Behauptung der Zeitschrift widersprochen werden:

„Die Schriftgießergehilfen haben durch Vermittelung des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker das Tarif=Amt der Deutschen Buchdrucker angerufen und die Prinzipale haben sich auch mit der Vermittelung des letzteren einverstanden erklärt. Die ersten haben jedoch diese Vermittelung nicht abgewartet, sondern in einer am 13. November abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Kündigung einzureichen.“

Die Zeitschrift kann nur durch irrtümliche Verichterstattung zu diesen Feilen veranlaßt worden sein, denn gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Und das kann durch das offizielle Protokoll der Prinzipale selbst bewiesen werden. Im Einverständnis mit den Vertretern der Leipziger Gehilfenschaften und des Gauvorstandes hat der Verbandsvorstand das Tarif=Amt ersucht, im Interesse des gewerblichen Friedens bei den Leipziger Prinzipalen zu intervenieren. Das ist geschehen und darüber sagte der mitbeteiligte Gauvorsteher Engelbrecht in der Versammlung vom 13. November: „Auf Initiative des Tarif=Amtes ist die vorher ablehnende Prinzipalität erst bewegt worden, in Verhandlungen mit der Gehilfenschaft einzutreten, sich mit Ihnen in eine Diskussion einzulassen.“ Daraus schon geht zur Genüge hervor, daß die Gehilfen nicht eine Vermittelung ausschalten wollten, um die sie sich vorher bemüht haben. Darum ist auch der altbeliebte Trick hinfällig, daß die Leipziger Gehilfen quasi den vermittelungsfreundlichen Verbandsvorstand desavouiert und die angebotene Vermittelung mit dem Streik beantwortet hätten. In Wirklichkeit haben — laut Prinzipalsprotokoll — die Gehilfenvertreter sich höchlichst genudert, daß bei den in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen kein Vertreter des Tarif=Amtes anwesend war. Die Vermittelung des letzteren erstreckte sich darauf, überhaupt Verhandlungen möglich zu machen, obwohl wir persönlich ein Eingreifen der Vertreter des Tarif=Amtes in die Verhandlungen selbst — und das war auch der Wunsch der Schriftgießergehilfen — gern gesehen hätten. Wie das Tarif=Amt seine Aufgabe aufgab, war seine Mission mit dem Zustandekommen der Konferenz erschöpft und nachdem diese selbst ergebnislos verlaufen war, blieb nur das Zurückziehen der gestellten Forderungen oder die Kündigung übrig. In dem Augenblicke, da die Versammlung am 13. November die Kündigung beschloß, gab es nichts mehr zu vermitteln noch zu verhandeln. Wollten aber die Prinzipale ein nochmaliges Eingreifen des Tarif=Amtes, um den Streik zu verhüten, so lag es in ihrer Hand, die Gehilfenschaft darauf festzulegen; das geschah aber nicht — die Prinzipalität wollte den Streik!

Und die angeblich kriegs- und streiklustige Gehilfenschaft, wie steht es Wahrheit mit ihr? Und wie mit der angeblich friedliebenden Prinzipalität? Die Antwort darauf sind die Vorgänge der letzten Tage. Am 19. November tagte im Rathenow eine öffentliche Schriftgießerversammlung, in der konstatiert und durch Aktenstücke belegt wurde, daß sowohl das Tarif=Amt wie der hiesige Gauvorstand sich nochmals bemüht hatten, und zwar im Einverständnis mit der Kommission der lokalen Leipziger Schriftgießer=Organisation, Verhandlungen in die Wege zu leiten, damit ein für beide Teile empfindlicher Kampf vermieden werde. Das Tarif=Amt übernahm es, diesem Wunsche nachzukommen und demgemäß ein Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Leipziger Prinzipalsorganisation (Kreisverein) zu erzielen versucht. Am Donnerstag (19. No-

vember) war auch das Zugeständnis des Vorsitzenden des Kreisvereins, des Herrn Giesecke, zu einer von den Gehilfen erbetenen neuerlichen Vermittelung des Tarif=Amtes ausgesprochen worden. Dies wurde der Versammlung kund gegeben und von ihr auch akzeptiert — gegen eine starke Opposition, die neue Verhandlungen nicht mehr für dienlich hielt. Der Wille der Versammlung gelangte in folgender Resolution zum Ausdruck:

„In Anbetracht der voraussichtlich in diesen Tagen stattfindenden Verhandlungen mit der Prinzipalität beschließt die heutige von über 500 Personen besuchte Versammlung der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen so lange die Arbeitsplätze nicht freiwillig zu verlassen, als die erwarteten Verhandlungen dauern, ohne daß deshalb an der vollzogenen Kündigung etwas geändert wird.“

Alle Redner betonten einmütig, daß sie die gebotene Hand nicht zurückweisen wollten und zu jeder Stunde bereit seien, in Verhandlungen einzutreten, wenn das Tarif=Amt an denselben teilnehme. Jeder vorurteilsfreie Mensch muß angesichts dieser Tatsachen sagen, daß mehr auch von der friedliebendsten Gehilfenschaft nicht erwartet werden kann und daß der die Verantwortung für einen Streik übernimmt, dem dieses Entgegenkommen der Arbeiter nicht genügt. Oder erblicken die Vertreter der Leipziger Schriftgießerprinzipale die „großen Prinzipien des modernen Rechtes“ in einem würde- und bedingungslosen Zukreuzekriechen der Gehilfenschaft? So scheint es zu sein, denn am 20. November (einen Tag später), erklärte der Prinzipal Giesecke, daß trotz der von ihm ausgegangenen dringenden Empfehlung seine Kollegen eine erneute Vermittelung des Tarif=Amtes als zwecklos betrachteten und das Verlassen der Arbeitsplätze fordern müßten. Man merke also wohl auf: Die Gehilfen beschließen, an ihren Arbeitsstellen zu bleiben, bis erneute Verhandlungen zu Ende geführt sind, Verhandlungen, von denen in bestimmtester Weise ein friedlicher Ausgang zu erwarten war; die Gehilfen machen freiwillig zwar nicht de facto ihre Kündigungen rückgängig, berauben sich aber selbst der günstigsten Chancen, bloß um den Streik doch noch in letzter Stunde zu verhüten. Die Prinzipale dagegen erklären brüsk, ganz im Gegenteile zu ihren vorherigen Zusagen, daß durch keine Vermittelung mehr, sondern durch den Kampf die strittigen Fragen gelöst werden müßten. Wir fragen hiermit die Zeitschrift und die Leipziger Prinzipalität mit der Bitte um Antwort, was die Gehilfenschaft noch tun soll, um den Frieden im Gewerbe zu erhalten? Sie kann in der gegenwärtigen Lage keinen weiteren Schritt mehr rückwärts tun, wenn sie ihr Ehrgefühl und ihre Selbstachtung bewahren will.

Bestehen die „großen Prinzipien des modernen Rechtes“ nicht bloß auf dem Papier der Zeitschrift, so mag sie es dadurch beweisen, daß sie dieses Recht auch den Gehilfen zugestößt und in moderner Weise die Schlichtung von Streitigkeiten möglich macht, wie eine gleichberechtigte Gehilfenschaft den Prinzipalen proponiert hat. Wir müßten nach der gegenwärtigen Gestaltung der Dinge es aber als „Rühmännerei“, die Stummchen

Geist atmet, bezeichnen, wenn die gebotene Hand der Gehilfen zurückgewiesen bleibt. Die Herren mögen sich nicht täuschen: durch ihr Verhalten in den letzten Tagen haben sie die Einigkeit der Gehilfen mächtiger gefördert als diese es selbst hätten zuwege bringen können. Indem man nach den „großen Prinzipien des modernen Rechtes“ von den Gehilfen verlangt, sie sollen wie die Hunde gewinnselbst kommen, hat man ihrer Bewegung die sittliche Kraft eingehaucht, die nicht gebogen, sondern nur gebrochen werden kann. Und man täusche sich auch fernerhin darüber nicht, daß nicht die Klassen des Verbandes allein den Kampf führen, sondern jene Solidarität des Handelns, die auch eine Annahme moralischer Kräfte entfesselt — in ganz Deutschland! Je rücksichtsloser und unverföhnlicher der Kampf von der Leipziger Prinzipalität entriert wird, desto besser für die Gehilfen — die Zukunft wird es lehren!

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Der Oktober brachte uns als Hauptereignis den vielgenannten „ersten deutschen Arbeiterkongreß“ in Frankfurt a. M., dessen Bedeutung wir nach jeder Richtung hin in Nr. 131 erwogen und dessen anerkennender wie abschließender Beurteilung wir heute nichts mehr hinzuzufügen haben.

Von dem im Oktober geführten **wirtschaftlichen Kämpfen** standen die Crimmitschauer und die Aussperrung resp. der Streik eines Teiles der Berliner Metallarbeiter im Vordergrund. In beiden Fällen hat bezw. hatte natürlich wieder der Zentralverband deutscher Industrieller seine unheilvolle und störende Hand im Spiele. Wenn das noch nicht klar, der konnte sich Gewißheit darüber verschaffen an der in der Sozialen Praxis geführten Polemik des Kurators der Bonner Universitäts- und früheren Unterstaatssekretärs Dr. v. Rottenburg gegen die Deutsche Industriezeitung und die Crimmitschauer Textilindustriellen. Diese Zentralverbände sind ja jetzt noch der Ansicht, daß einer elfstündigen Arbeitszeit hygienische Bedenken nicht entgegenstehen, sie glauben und sagen es übereinander auch noch, daß häufigere Erkrankungen nicht auf zu ausgedehnte Arbeitszeit, sondern auf „Erblichkeit, schlechtes zubereitetes Essen und ungenügende Wohnungsverhältnisse“ zurückzuführen seien. Der Teufel kann seine Teufeleien in kein unschuldigeres Gewand kleiden als hier die Textilbarone samt ihren Hintermännern ihre Abneigung gegen eine Arbeitszeitverkürzung. Sollten die Herren wirklich nicht wissen, wie physisch tief einschneidend lange Fabrikarbeit wirkt, sollten sie noch nicht gehört haben, daß bereits im Jahre 1828 ein Generalleutnant von Horn an den damaligen König von Preußen die Klage richtete, das rheinische Gebiet sei nicht mehr imstande, das erforderliche Truppenkontingent zu stellen, weil die Bevölkerung durch die Fabrikarbeit körperlich zu sehr degeneriert sei? Der Crimmitschauer Kampf hat deshalb das denkbar größte Interesse für die deutsche Arbeiterchaft und erfordert er auch ungeheure Opfer, so müssen sie erwirgungen werden, damit diesem Kampfe der Sieg zu teil werde. Von der Arbeiterpresse sind es — soweit uns Blätter zugehen — die Sächsischen Arbeiterzeitung und die Leipziger Volkszeitung, welche mit außerordentlicher Lebhaftigkeit für die Bestkämpfer in Crimmitschau eintreten, im übrigen aber dürfte unserer Meinung nach die Sympathie für dieses Ringen um den Bestkämpfer allgemein schon einige Grade Steigerung mehr verlangen. Die Textilarbeiter haben allerdings der deutschen Arbeiterchaft schon viel Geld gekostet, man muß aber bedenken, daß deren Kämpfe auch immer gleich von sehr großen Dimensionen sind. Und wenn zweifellos eine größere Planmäßigkeit bezüglich der Ausstände in der deutschen Gewerkschaftsbewegung not tut — der Generalstreik der Fälschmacher hat das auch schon zur Genüge bewiesen — so haben wir es hier noch mit einem Ausnahmefalle zu tun, der vor einem Ausgange, wie soeben im Berliner Metallarbeitergewerbe bedauerlicherweise zu verzeichnen, unbedingt bewahrt werden muß. Die Metallarbeiter und Hütten in Berlin sind, wie bereits gemeldet, in aller Form unterlegen. Wir und die übrige Arbeiterchaft begleiten das mit einem großen Weibel, die Auftragsgeber der Bueck, Reumer, Schweinburg, Lorenz dagegen stimmen Jubelhymnen an. Man muß es nur in der Arbeiterzeitung gelesen haben, wie dort mit ziffermäßigen Beweisen, mit Ausmalung aller Schrecken — welche aber ebenjowenig wirken wie die vorgebrachten hinterden Argumente — den Arbeitern das Zutrauen zu sich selbst, zu der eignen Kraft und der tatbereiten Solidarität der Arbeiterchaft geraubt und dafür der blinde Glaube an die nur das Beste wollende Unternehmerfürsorge eingepaukt werden soll. Man wird diese Unternehmertumstaktik noch besser verstehen lernen, wenn man sich die Worte jenes Fabrikanten vergegenwärtigt, welcher kürzlich in dem Berliner Gewerkschaftshause unter die versammelten ausständigen Metallarbeiter trat und höhnen sagte: Im Interesse der Unternehmer liegt es, daß der Streik so lange fortgesetzt wird, bis die Unterstützungs-

fonds der Streikenden erschöpft sind, dann würde wohl wieder Ruhe und Ordnung auf einige Jahre eintreten. Er mache den Streikenden daher den Vorschlag, ruhig weiter zu streiken, das wäre das beste für die Fabrikanten. Darum doppelte Vorsicht und reifliche Abwägung aller Chancen, ehe eine Kriegserklärung erfolgt! — Nach den Textilarbeitern und Metallarbeitern kommen die Hütten als im Oktober am meisten bei Ausständen engagiert; in Belten und Firschenwalde befanden sich ihrer 1900 im Streik. Die Maurer führten Kämpfe in Emden, Marienburg, Lübbenau, Nordhausen, Ludwigschafen, Danzig. Ein Fälscheranstalt (800 Mann) auf der Oder war an sich eine Werkwürdigkeit, noch mehr aber das Verlangen auf Abschluß eines Arbeitsvertrages; bekanntlich sind diese Arbeiter auch mit ihren Forderungen durchgekommen. Ein kurzer Ausstand eines Teiles der Hamburger Kohlenarbeiter zeitigte ebenfalls eine tarifliche Vereinbarung. Bemerkenswert waren noch ein Streik der Reismühlensarbeiter (250) in Bremen, ein Holzhandwerkerstreik (300) in Mächtersbach, ein Bergarbeiterausstand bei Pafel, ein kleiner und kurzer Landarbeiterstreik in Marienau und der fünfzig verlaufene Bleischieferstreik (134) in Berlin. Die Tarifbewegung unserer Schwager nahm weiter an Umfang zu und die von den Konditoren in verschiedenen Städten eingeleiteten Schritte zur Durchführung ihrer Forderungen sind gleichfalls nicht mit dem Oktober zum Abschluß gekommen. In Versuchen, diese wichtigen und schädlichen Zusammenstöße zwischen Unternehmertum und Arbeitern nach Möglichkeit durch Verständigung und beiderseitiges Entgegenkommen zu erlösen, hat es auch in der Berichtszeit nicht gemangelt.

Fanny Jmle, die tätige Förderin der Tarifverträge und eifrige Chronistin aller darauf bezüglichen Vorgänge führt in ihrer 26maligen Zusammenstellung vom Mitte Oktober wieder 26 neue Vereinbarungen zwischen Unternehmergruppen und Arbeiterorganisationen bezw. ganzen Berufen an. Der Rückgang gegen die vorhergehenden Monate erklärt sich durch das der Jahreszeit entsprechende Abnehmen der Bautätigkeit. Bedeutendvoll erscheint uns namentlich der von Fr. Jmle noch nicht mit erwähnte Tarifvertrag der Kohlenarbeiter in Hamburg, welcher, die Frucht einer teilweisen Arbeitseinstellung, die bislang in Hamburg mit Lohnbewegungen gemachten Erfahrungen ziemlich ins Wanken bringt. Die betroffenen Arbeitgeber erjudeten nämlich die Handelskammer, zwischen beiden Teilen unter Vorbehalt eines Unparteiischen eine Aussprache herbeizuführen. Es kam bei dieser Gelegenheit zu einer Verständigung, die streikenden Arbeiter wurden wieder eingestellt und auf einen Zeitraum von vier Jahren Frieden geschlossen. Man muß sich die zugehörigen Verhältnisse in Hamburg, die gerade von den Hafenarbeitern gemachten Erfahrungen mit ihrem überaus störrischen Unternehmertum, den 1896/97er gewaltigen Hafenarbeiterstreik und manches andre aus unserer größten deutschen Republik vor Augen halten, um diesen erfreulichen und hoffentlich nachhaltigen Umschwung würdigen zu können. Auch die Getreidearbeiter haben dort tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen und weiter die Schauerleute in Slettin. Die Maurer haben im ganzen fünf, die Zimmerleute, Stukkateure, Brauer und Leberarbeiter je drei Verträge zu registrieren. In der Hannoverschen Holzindustrie ist auf friedlichem Wege ein Tarif geschaffen, in welchem neben einer am 1. April 1904 eintretenden Lohnerhöhung auch die neunstündige Arbeitszeit festgesetzt ist. Und aus der Berliner Holzindustrie kommt auch eine vielversprechende Nachricht. Es ist dort die Anregung zur Konstituierung einer gemeinsamen Einigungskommission gegeben und von beiden Teilen einstweilen auch akzeptiert worden. Diese Instanz soll zur Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und Arbeitern dieser Branche befugt sein, sie wird von jeder Partei mit sieben Vertretern gebildet werden. Wir werden über den Weiterbau dieser in Angriff genommenen Brücke zu weniger schmerzvoller Einigung ja wohl noch weiteres erfahren; das man aber in der Berliner Holzindustrie auf dieses Projekt gekommen, ist zweifellos der aus langjährigen Erfahrungen gewonnenen Erkenntnis zu danken, daß ein auch nicht alles bringender Vergleich besser als ein Kampf mit kläglichem oder gar demütigenden Friedensbedingungen. In graphischen Gewerbe haben wir es nun auf vier Tarifgemeinschaften gebracht, unter welchen die unfrije die älteste und vorbildliche, die der Buchbinder noch am meisten im Entwicklungsstadium begriffen, während die korporativen Verträge der Chemigraphen und Lichtdrucker infolge des geringen Umfangs dieser Branchen hinsichtlich ihrer Einführung keine Schwierigkeiten bereiten werden. Kommt nur die angeführte, allerdings noch in weitem Felde liegende Tarifgemeinschaft für die Steindruckbranche zu Stande, so wäre das graphische Gewerbe die erste und einzige Industrie in Deutschland, in welchem das beiderseitige Verhältnis durch einen anerkannten Arbeitsvertrag geregelt, die Lebenshaltung der Arbeiter nicht von dem Diktum der Unternehmerwillkür abhängig, sondern durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter eine einigermaßen genügende Fixierung gefunden hat. Hoffen wir, daß dieser Zustand in graphischen Gewerbe baldigst erreicht werde!

Auch eine Mitte Oktober in Berlin abgehaltene **Konferenz der Gewerkschaftsvorstände**, welche auf Grund einer vom letzten Gewerkschaftskongresse der Generalkommission erteilten Vollmacht einberufen wurde, beschäftigte sich des längeren mit Angelegenheiten, die mit den beiden vorstehend behandelten Punkten in engstem

Zusammenhange stehen. Betreffs der Streikunterstützungen und ihrer Ausbringung, der bei Ausständen und Aussperrungen zu beobachtenden Taktik haben sich unbefreitbar im Laufe der Zeit mancherlei Mißstände herangebildet und der offenen Fragen sind in dieser Beziehung nicht wenige vorhanden. Die Konferenz der Zentralvorstände kam nach eingehender Diskussion überein, daß nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation für die Genehmigung, Inszenierung und Leitung eines Ausstandes in Betracht komme, welche auch lediglich die Unterstützung der eignen Mitglieder zu übernehmen habe, während für andere Organisationsangehörige der betreffende Verband unterstützungspflichtig sei. In Betriebsausständen sollen die in der Minderheit befindlichen Berufe bzw. die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (beispielsweise Buchdrucker in einem großen Fabrikabteilament mit eigener Druckerei oder Maurer in einem Eisenwerke) sich nur dann beteiligen, wenn zwischen den in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsames Vorgehen beschlossen ist, die notwendigen Unterstützungen werden aber auch in diesem Falle nur für die eignen Mitglieder gewährt. Ein derartiger Beschluß war in Anbetracht der industriellen Entwicklung, die eine oft sehr große Anzahl von Berufen in einem Betriebe zusammenfaßt, unbedingt erforderlich; aus dem Streiken und Solidaritätserklärungen wäre man mit der Zeit überhaupt nicht mehr herausgekommen, das Unternehmertum hält sowieso mit seiner Aussperrungstaktik selbst bei den geringfügigsten Anlässen die Arbeiterchaft genügend in Atem.

Der Uebertritt in eine andre Organisation bei eintretendem Berufswechsel ist eine mit den bekannten Grenzstreitigkeiten zwischen berufsverwandten Organisationen eng verbundene Frage, welche ebenso schwierig wie mit der Zeit immer brennender geworden ist. Auch die Konferenz der Zentralvorstände ist nicht über die vielen Steine, die in dieser Beziehung auf dem Wege zur Verständigung lagern, hinweggekommen. Man wird aber dem nächsten Gewerkschaftskongresse die Notwendigkeit einer Aenderung klarlegen, für diesmal wurden alle Vorschläge nach dieser Richtung abgewiesen und bleibt es einstweilen bei der vom Frankfurter Kongresse angenommenen Resolution Buße: „Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Berufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufes darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kämpfen zwecks Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen derjenigen Organisation, in deren Berufe es arbeitet, unterzuordnen.“ Der von uns ausgezeichnete Satz in dieser Resolution ist der casus belli; aber einzelne Organisationen sind noch weiter gegangen, sie dekretierten, daß für die Art der Organisation einfach der Hauptberuf des Betriebes maßgebend und verlangten von den beschäftigten anderen Arbeitern den Eintritt in die jeweilig dominierende Organisation eines Betriebes, in welcher dann besondere Sektionen für die einzelnen Zweige errichtet würden. Wir haben unter dieser Rubrik oft genug von den unheimlichen, aus diesem Anlasse entstandenen Feinden zwischen den Verbandsleitungen der Fabrik- und Landarbeiter, der Brauer, Wäcker, Handels- und Transportarbeiter, Handlungsgehilfen, Werftarbeiter und Schiffszimmerer, Tabakarbeiter und Zigarrenportierer usw. berichtet, es ist mithin nicht nötig, heute dieses unerwähnte Kapitel wieder aufzuschlagen. Wie schwierig diese Fragen sind, kann man auch daran erkennen, daß die Konferenz es bis auf weiteres den einzelnen Organisationen überläßt, untereinander eine Regelung vorzunehmen, weil sie eine allgemeine Aenderung für kaum durchführbar hält. Und doch wird und muß trotz aller obwaltenden Schwierigkeiten es dahin kommen, denn die einzelnen Organisationen haben sich bis jetzt nicht einigen können und hier ist durchaus nicht immer böser Wille, sondern die Unklarheit über die vielen Hilfsarbeiterkategorien der Punkt des Scheiterns gewesen. Ueber die Organisationszugehörigkeit der Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, Tischler, Maler, welche in einem Betriebe tätig, werden allerdings nicht lange Zweifel bestehen und darüber ist es auch wohl noch nie zu Auseinandersetzungen und Streitigkeiten gekommen.

Sobald behandelte die Konferenz ein nicht minder wichtiges Kapitel, nämlich die bei Streiks und Aussperrungen allgemein anzuwendende Taktik. Im deutschen Gewerkschaftsleben sind wir ja glücklich über jene Periode hinaus, in welcher jeder einzelne Ort oder gar ein einzelner Betrieb nach Gutdünken zur Waffe des Streiks greifen konnte und die Verbandsleitung dann wohl oder übel bei Beutel aufstun mußte, in den meisten Fällen aber dadurch auch nicht retten konnte, was von Anfang an verpufft war. Die Gewerkschaften haben sich auf Grund vieler unangenehmer Erfahrungen jetzt ganz strenge Streitreglements geschaffen und deren Handhabung ist eine so straffe, daß man oft über „das Bremsen von oben herab“ klagt und kagen hört. Für einseitige Leute aber ist der gegenwärtige Zustand der Periode der wilden Streiks, über welche Bruno Boerich vor zwei Jahren ein sehr drastisches Urteil fällt, entschieden vorzuziehen. Was uns jedoch noch not tut, ist Planmäßigkeit bei größeren Bewegungen. Wie vor etlichen Jahren auch einzelne Gewerkschaftsleitungen förmlich aus dem Stegreife heraus die Offensive ergriffen, so machen es sich jetzt hin und

wieder Organisationen sehr leicht mit der Zustimmung größerer Aktionen und so ist denn der so viel geschmähte Kängelbeutel immer noch nicht aus der Mode gekommen. Daß auch darin Wandel geschaffen werden muß — wir haben dies immer schon betont und auch eingangs dieser Ueberblick wieder als Notwendigkeit bezeichnet — haben die versammelt gewesenen Gewerkschaftsvorstände ebenfalls erkannt und wir können es nur begrüßen, daß in allen ernstesten Fällen erst eine Verständigung herbeigeführt werden soll. Jedoch halten wir diese nicht nur mit den in Betracht kommenden Organisationen, sondern allgemein für notwendig. Wir können eine wirkliche Planmäßigkeit in den sich notwendig erweisenden größeren gewerkschaftlichen Kämpfen erst dann als vorhanden betrachten, wenn in allen die eigne Finanzkraft möglicherweise überschreitenden Fällen vorher die Generalkommission und der Gewerkschaftsausschuß gehört werden müssen. Findet das Vorgehen der betreffenden Organisation hier Genehmigung und gestalten sich die Chancen der Kampfes zweifelhaft, so, daß das Unternehmertum nur durch Ausdauer und Kapitulanten gezwungen werden könnte, dann hat die Generalkommission sofort ein Umlageverfahren in Anwendung zu bringen, um die nötigen Gelder aufzubringen. Je nach der Anzahl der Streikenden würde der pro Mitgliedschaft und Woche entfallende Beitrag zu bemessen sein und die also zu leistende Hilfe müßte sofort aus den Zentralkassen entnommen und eingeleitet werden, augenblicklich mit Streikstar engagierter Organisationen könnte ja Stundung gewährt werden. Die sehr sorgfältige Prüfung des für und Wider seitens unserer obersten Instanz würde vor allzu häufiger Zuanpruchnahme sichern. Ueber ein entschiedenes Nein als ein gezwungenes! Natürlich liegt bei größeren Ausprägungen die Unterstützungsfrage nicht anders. Auf alle Fälle aber müßte der Generalkommission und dem Gewerkschaftsausschuß das Recht zustehen, von der Allgemeinheit unterstützte Streiks und Ausprägungen — sofern letztere mit Gegenforderungen der Arbeiter verbunden — aufzuheben, wenn deren Nützlichkeit außer Zweifel steht. Daß eine nicht genehmigte Bewegung dann auch nicht in einzelnen unterstützt werden dürfte, versteht sich am Rande. Die Generalkommission müßte nach Beendigung derartiger Aktionen in ihrem Organe einen Ueberblick geben und die Gewerkschaftspresse kann diesen dann der organisierten Masse übermitteln. Auf diese Art gelangen wir zu einer Taktik, welche dem Unternehmertum doch mehr als die schäbsten Sympathierevolutionen imponieren und dessen genaue Berechnungen, bis wie lange noch ein Heller in der Kasse, über den Haufen werfen dürfte. Wir würden aber auch den jetzt in Gewerkschaftskreisen in dieser Beziehung vorhandenen Mismut verschwinden und die Lasten gleichmäßig verteilen; jeder müßte das Seine tun und jedem würde das Seine werden. — Weiter wurde beschlossen, daß statistisches und sonst seitens der Behörden von den Gewerkschaften verlangtes Material nur durch Vermittlung der Generalkommission an die betreffenden amtlichen Stellen gelangen soll, was bei Vermeidung gegenseitiger Bräukerung auch nicht unmöglich sein wird. Die Generalkommission soll an maßgebender Stelle ferner dahin wirken, daß bei der amtlichen Streikstatistik die kriminalrechtlichen Fragen in Fortfall kommen. Dieses Verlangen ist, wie schon so oft nachgewiesen, nur berechtigt, auch würde durch die so ermöglichte Mitarbeit der Gewerkschaften an der amtlichen Statistik eine erhebliche Vereinfachung der eignen erzielt werden. Diese letztere soll nun künftig auch alle Lohnbewegungen, welche ohne Auszustand erledigt werden, registrieren, was nur als richtig zu bezeichnen ist.

Die mit dem vorjährigen Stuttgarter Gewerkschaftskongresse inaugurierten internationalen Verbindungen haben im Juli d. J. in einer in Dublin stattgehabten Konferenz der Landessekretäre Vertiefung gefunden. Die in England, Amerika und Australien zureisenden deutschen Gewerkschaftskern bereicherten Organisationsverhältnisse wurden bei dieser Gelegenheit mit zur Sprache gebracht. Man empfahl Kartellverträge zwischen den einzelnen Landesorganisationen, wie sie bei den Bergarbeitern und Brauern mit den amerikanischen Berufsgeoffenen bestehen, als Nützlichkeit; wir befürchten, es wird nicht oft dazu kommen, es sprechen da noch eine Anzahl anderer Faktoren mit.

Einen weiteren Punkt der Verhandlungen bildete die Maifeier. Als wir in unserer Septemberüberfahrt (Nr. 125) bei Besprechung des Dresdener Parteitages auch der Debatte über die Maifeier eingehend gedachten, sprachen wir unbescholten unsere Verwunderung darüber aus, daß von den auf dem Parteitage anwesenden Gewerkschaftsführern niemand dazu das Wort ergriffen hatte. Wir wußten und konnten nicht wissen, daß zur nämlichen Zeit, als wir dies schrieben, die Leiter der deutschen Gewerkschaftsorganisationen sich mit dieser Frage beschäftigten. Und da dies ausnehmend in demselben Sinne geschahen wie wir in jener Nummer ausgeführt, weil die Vertreter offenbar den jetzigen Zustand für ebenso unhaltbar erachteten als wir und andere Gewerkschaftsleitungen, so wollten wir kurz nach dem Korrespondenzblatte berichten, daß die Konferenz, dem Wunsch Ausdruck gegeben, die entsprechende Stelle (der internationale Arbeiterkongress) wurde dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten aufzuerlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschlusse gegenüber passiv verhalten. Läßt sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müßte

der Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden". Rautsky hat also wieder einmal arg vorbeigeschossen, als er in seinem Artikel zum Parteitage die innere Uebereinstimmung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei (Sozialdemokratie) gerade an der Maifeier exemplifizieren zu können glaubte.

Doch wir wollen uns nicht in Wiederholungen ergehen, sondern bei diesem Punkte nur noch dem Besonderen Ausdruck geben, warum man eigentlich nicht zur Generalstreikfrage Stellung genommen, welche doch ebenfalls mit dem nächsten internationalen Sozialistenkongresse verhandelt werden soll und bei der die Gewerkschaftsorganisationen mehr in Mitleidenchaft gezogen werden können als bei irgend einer andern. Will man bezüglich der Maifeier unverbüßt die von der Praxis getragene Meinung zum Ausdruck bringen, dann kann man auch den Generalstreik zu politischen Zwecken an dieser entscheidenden Stelle zur Sprache bringen und dies kann, dies darf nur in entschieden verneinender Form erfolgen. Das trotz der reservierten Faltung des Parteitages über diese Frage vielerorts zu beobachtende starke Liebäugeln mit diesem „Machtmittel des Proletariates zur Niederwerfung der Klassenherrschaft“ muß unsre gewerkschaftliche Zentrale zu einer präzisierenden Stellungnahme zwingen. Die Gewerkschaften und deren Angehörige hätten ja doch — wie auch in allen anderen Punkten — ihre Adress für diesen Fall zur Verfügung zu stellen und weil dem so ist und weil Dr. Friedberg außer in Berliner Versammlungen auch in der Neuen Zeit gleichgestimmte Seelen gefunden, weil weiter der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie dieses vermeintliche Machtmittel auch nicht glaubte über Bord werfen zu können, hätten die Gewerkschaftsvorstände früheren diesbezüglichen Kongreßklärungen eine ausdrückliche Absage hinzusetzen können, über welche der internationale Sozialistenkongress nicht hinwegkommen würde. Nun das kann ja noch geschehen und eine vortreffliche Unterlage zu der Stellungnahme gegen den politischen Generalstreik gibt die Polemik des Mitgliebes des gewesenen holländischen Auszustandskomitees W. S. Vliegen gegen einen Generalstreikswärmer der Neuen Zeit, welcher mit Ausschließung der „konkreten Bedingungen“, unter denen ein solcher Massenkampf möglich, sich die Sache fast sträflich leicht machte. Vliegen ist durch seine Erfahrungen beim holländischen Generalstreik aus einem Anhänger zu einem Gegner desselben geworden. Er sagt u. a.: Wenn die Produktion stille steht, wird jedes gesellschaftliche Leben unmöglich. Keine Nahrung wird herbeigeführt, die Schiffe und der Eisenbahnverkehr stehen still, Hungerstot tritt ein. Im Winter ist keine Heizung da usw. . . . Gewiß, die ganze Gesellschaft wird einer furchterlichen Krise ausgesetzt. Aber wie bei allen Krisen, ist es der Proletarier, der am ersten und am schwersten darunter leidet. Wir haben es hier in Amsterdam im April dieses Jahres. Die Hafenarbeiter streikten, der Güterverkehr auf den Eisenbahnen lag vollständig lahm. Die Bäcker feierten. Was war die Folge? Daß die Besitzer bis in die Volkswiertel hinein die Nahrungsmittel von ihren Bediensteten aufkaufen ließen und daß die Arbeiterfrauen ihre Nahrungsmittel schredlich verteuern sahen. Die Gasarbeiter streikten. Der Gasvorrat drohte sich zu erschöpfen. Petroleum und Kerzen wurden in Menge gekauft. Aber wenn es aufs Kaufen ankommt, wer zahlt dann den Kürzeren? Mehr ist wohl nicht nötig zu sagen: der Generalstreik macht das Leben unmöglich, der Tod melbet sich aber zuerst beim Proletarier an. Man nehme welche Produktionsbranche man will, sehe sie still — und es ist der Proletarier, der am ersten darunter leidet. Um sich selbst zu retten, wird das Proletariat die Arbeit wieder aufnehmen müssen. Unsere Generalstreiks-Utopisten haben manchmal weiter geredet: dazu dienen dann unsere Genossenschaften. Wir produzieren dann wohl für uns, aber nicht für die Kapitalisten. Wenn man voraussetzt, die kapitalistische Klasse habe noch eine sichere Armee — und wenn sie diese nicht hat, ist der ganze Generalstreik unnützig —, dann braucht es doch nicht allzuviel Einsicht, um zu erkennen, daß die Regierung die proletarischen Magazine beschlagnahmen und die Lebensmittel zum allgemeinen Wohle verwenden wird und wäre es auch nur, um sich damit das Lumpenproletariat zu kaufen. . . . Aber noch mehr: nicht jedermann wird streiken. Auch unter den besten Umständen wird noch immer eine beträchtliche Zahl Arbeiter bei der Arbeit bleiben. Auch in der Bourgeoisie steht Arbeitskraft. Bei uns haben sich polytechnische Studenten angemeldet als freiwillige Maschinisten und Geizer — und Brot baden kann am Ende jedermann. Schiffsahrt und Eisenbahnverkehr sind militärisch im Betriebe zu erhalten. Die Großindustrie wird lahm gelegt, aber eine absolute Produktionseinstellung ist nicht denkbar. Es wird selbst bei der riesigsten Propaganda immer noch ganze Gegenden geben, in denen man mit voller Kraft arbeitet und sogar die Produktion erhöht. Ja, in der Stadt ist die Produktion in einem gewissen Umfange im Gange zu erhalten. Vliegen schilbert dann noch, wie er sich damals auf das eingehendste mit der Frage beschäftigt habe: Welche Bedingungen muß eine Bewegung erfüllen, wenn sie in einem solchen Kampfe siegen soll? — „Ich habe keine Antwort gefunden.“ Und welcher ernsthafte und vernünftige Mensch vermüchte darauf auch wohl richtige Auskunft zu geben! — Eine vorzügliche Beleuchtung der von Hilferding in der Neuen Zeit vorsichtigerweise offen gelassenen „konkreten Bedingungen“ eines Generalstreiks und damit eine glänzende Verneinung dieser Frage gibt auch der allbekannte schweizerische Arbeiterführer

Greulich, welche in der Wintertüre. Arbeiter-Zeitung vom 12. und 14. November d. J. abgedruckt ist und welche Ausführungen von der Redaktion jenes Blattes ausdrücklich als der Standpunkt der Sozialdemokratie — soll natürlich heißen der schweizerischen — bezeichnet werden. Wir zitteren die markantesten Stellen wörtlich: Als nichtbewirkende Geplänkel haben sich bis jetzt alle Versuche von Generalstreiks erwiesen, sie haben nur der Arbeiterschaft selbst geschadet, mühsam aufgebaute Organisationen vernichtet und damit die Arbeiter gezwungen, immer wieder von neuem aufzubauen — Kräfteverschwendung. Der Generalstreik ist eine Kinderphantasie der mangelhaft organisierten Arbeiterschaft. Die Arbeiter Englands lebten diesen Traum in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts und sie machten ein paar mal beachtenswerte Versuche, ihn zu verwirklichen — Versuche, denen gegenüber die heutigen Generalstreiks ein Kinderpiel sind. Sie zogen in ganzen Industriebezirken herum, setzten alle Fabriken und Bergwerke still. In revolutionärem Schwunge setzten sie ihnen wahrlich nicht; wo Widerstand geleistet wurde, stürmten sie die Fabriken und zündeten sie an, schlugen sich tapfer mit Polizei und Militär. Und wenn der Generalstreik wirklich ein probates Mittel gewesen wäre, so hätte England lange nicht genug Soldaten gehabt, um über ihn Meister zu werden. Er erschöpfte sich einfach von selbst. Greulich bezeichnet es dann als einen verhängnisvollen Zertum, wenn sich die Befürworter des Generalstreiks einreden, die bisherigen Kämpfe dieser Art seien in Wirklichkeit keine Generalstreiks gewesen, seien „nur noch nicht gelungen“, weil sie noch nie die Gesamtheit der Arbeiter umfaßt hätten und fährt dann fort: Der Generalstreik wäre die Einstellung der ganzen Produktion, auch der für die Arbeiterklasse. Die herrschende und besitzende Klasse hat Mittel und Vorräte genug, um sich über eine gewisse Zeit behelfen zu können — die besitzlose Arbeiterklasse würde aber bald und so schwer unter der ProduktionsEinstellung zu leiden haben, daß sie in kurzer Zeit davon Abstand nehmen müßte. Es haben sich auch bei Generalstreiks schon drohlige Dinge ereignet: Dem Aufgebote des Generalstreiks folgen natürlich zuerst die organisierten Arbeiter, so daß genossenschaftliche Arbeiterunternehmungen still standen, während die bürgerlichen Geschäfte mit unorganisierten Arbeitern lustig weiter arbeiten — die Arbeiter erhielten aus ihren Konsumbädereien kein Brot mehr, wohl aber die Bourgeoisie. Bürgerliche Blätter mit unorganisierten Arbeitern konnten ruhig weiter erscheinen, Arbeiterblätter aber mußten ihr Erscheinen einstellen. Kurz, der Generalstreik schlug zuerst die Arbeiterklasse und nicht die Bourgeoisie. Ein zwingendes Kampfmittel wäre der Generalstreik erst dann, wenn die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Organisation der Arbeiterklasse alle Arbeiter und die ganze Produktion für die Arbeiterklasse umfaßte. Dann aber hat die heutige Gesellschaftsordnung aufgehört zu existieren und braucht durch keinen Generalstreik mehr gestützt zu werden. So lange das jedoch der Fall ist, wird der Generalstreik nur zu einem Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft selbst und erhält sie nur noch längere Zeit in Ohnmacht. — Als wir seinerzeit mit denselben Argumenten den einzig vernünftigen Standpunkt in der Generalstreikfrage verfochten, hieß es: Arm in Arm mit Eugen Richter! Und der viel gelästerte Corr. wird auch in dieser Frage Recht behalten.

Der in Stuttgart beschlossene Heimarbeiter-Schutzkongress soll Anfang Februar 1904 in Berlin stattfinden, um den Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern Gelegenheit zu geben, aus erster Hand Belehrung zu schöpfen. — Gesprochen wurde dann noch über die mit Korrespondenzbüreau gemachten Erfahrungen, welche auch hier keine sonderlich guten sind, über die Unterstützung der freitenden Erntemittler Textilarbeiter sowie über ein gemeinsames Uebersehungsbüreau. Diese zweitägigen Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände werden sich bei Wiederholungen erst als von Nutzen erweisen, sie werden hauptsächlich alle Differenzpunkte beheben und so die dringenden notwendigen Einheitslichkeit der gewerkschaftlichen Bewegung fördern und erreichen helfen.

Unsere Regierungen und die Erwählten des Volkes — bezüglich der unterschiedlichen Landtagsvertreter möchten wir diesen Begriff natürlich stark eingeschränkt wissen — werden sich ebenfalls in Reihe die verererten Köpfe zu zerbrechen haben im Interesse des Volkswohles. Man hörte unlängst von diversen sozialpolitischen Gesetzentwürfen raunen. Aber bald darauf wurde die Erweiterung zur Gemeinsamordnung wieder abgelehnt von der Tagesordnung der Defensivität. Auch die Kaufmannsgerichte werden wieder angekündigt und als Wendwert markiert das Kaufgeschäft des neuen Zolltarifs, die Witwen- und Waisenversicherung, mit auf. In dieser Begleitung werden wir aber auch sie nicht erhalten, denn mit den Verhandlungen zu neuen Handelsverträgen steht es sehr windig, was kein Wunder, denn mit einem solchen Zolltarifs als Grundlage läßt sich einfach nichts anfangen. Hören wir daher herzlich wenig von einer guten Lösung in der Sozialpolitik, so klingt es um so vernünftiger von neuen und umfangreichen Forderungen für Meer und Marine in unseren Ohren. Selbstverständlich macht das wieder äußerst zufrieden mit dem gegenwärtigen Stande der Dinge. (Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Mährerleben. Anlässlich der hier am 11. Oktober abgehaltenen Bezirksversammlung des Bezirks Halberstadt sind auf einer Sammelliste 24.10 Mt. für die freitrenden Ermittlung Weber gesammelt worden. Dieser Betrag ist an das hiesige Gewerkschaftsamt abgeliefert worden.

Danzig. Der Bericht der vorletzten Monatsversammlung ist durch zu ergänzen, daß nach dem Gedanken des verstorbenen Kollegen Richard Härtel für die im Auslande befindlichen Ermittlung Arbeiter 20 Mt. aus der Ortsvereinskasse einstimmig bewilligt wurden. — In der Monatsversammlung am 15. November wurde die Aufnahme von 11 neu eintretenden Mitgliedern bekannt gemacht sowie der Ausschluß von zwei Mitgliedern und ein Austritt wegen Berufswechsels. Gemäß § 5 des Statutens für Westpreußen wurde folgende Kandidatenliste für den nächstjährigen Gauvorstand aufgestellt: als Vorsitzender Nagroski, Kefowski und Zimner, als Kassierer David und Stobbe, als Schriftführer. Bulla, Ritsche, Papensoth und Wd. Schulz.

Freiburg i. Br. Hoffentlich wird nach Erhalt dieses Berichtes die Korrespondent-Redaktion wieder ins ruhige Fahrwasser kommen und auch mancher Leser einsehen, daß die Erregung unnötig war. In einer am 14. November abgehaltenen Versammlung berichtete der Vorsitzende u. a. auch über den Ausstand bei Poppen & Sohn (Freiburger Zeitung). Aus demselben ist etwa folgendes zu entnehmen: Infolge Einstellung eines Geschäftsführers namens Laszkowski hatte sich durch die Befehlungsweise dieses Herrn gegenüber dem Personal unter letztem ein Groll aufgeschichtet, der unbedingt zu einer Explosion führen mußte. Es beschäftigten sich denn auch drei Druckerfassungen mit dieser Angelegenheit und beauftragte das Personal eine aus vier Kollegen bestehende Kommission, mit der Firma in Unterhandlung zu treten. In einem vom Gesamtpersonal unterzeichneten Schriftstück war die Geschäftsleitung auf das Gebahren ihres erst seit vier Wochen im Betriebe angestellten Geschäftsführers aufmerksam gemacht worden und wurde um Enthebung desselben von seinem Posten ersucht, da für die Folge ein gezieltes Zusammenarbeiten aussichtslos sei. Ebenso wurde auf Abstellung von Mängeln geschäftlicher Natur aufmerksam gemacht. Verhandlungen, die am 2. November abends zwischen Firma und Kommission erfolgten, führten zu keinem Ziele, so daß infolge einstimmigen Beschlusses am Morgen des 3. November 2 Maschinenmeister, sämtliche Maschinen- und Handseher sowie ein Hilfsarbeiter, im ganzen 27 Mann, die Arbeit niederlegten. Dieser Beschluß wurde der Firma sofort morgens 7 Uhr bei Beginn der Arbeitszeit mitgeteilt und wiederum jogleich Verhandlungen sowohl seitens der Kommission als auch des Gauvorstandes angebahnt. Eine Einigung kam nachmittags 5 Uhr durch den Gauvorsteher insofern zustande, als Herr Laszkowski eine bessere Behandlung versprach. Maßregelungen finden nicht statt, eb. nötig werdende Entlassungen werden dem Gauvorsteher seitens der Firma unterbreitet. Die Kommission bleibt als Beschwerdekommision bestehen, um so stets eine Vermittlung zwischen Personal und Firma zur Hand zu haben. Mit diesem Resultate gaben sich die Ausständigen zufrieden, so daß abends die Arbeit wieder aufgenommen wurde und die morgens nicht erschienene Zeitung noch fertig gestellt werden konnte. — Die Versammlung sprach den Kollegen für ihr einmütiges Zusammenhalten, durch das ein solches Ergebnis zeitig wurde, den Dank aus. Hierauf gab der Vorsitzende der Versammlung die Beweggründe bekannt, die ihn veranlaßten, den von der Korrespondent-Redaktion dem Vorstande in zwei nacheinanderfolgenden Nummern vorgeworfenen „schlechten Nachrichtenendienst“ so zu handhaben. Es kam ein tariflicher Konflikt hier nicht in Betracht — die tariflichen Verhältnisse sind gute zu nennen — und glaubte man deshalb, die Sache bald zur Einigung zu bringen. Zudem hätten Mitglieder — laut Befehlsnachricht des Zentralvorstandes — bei Konditionsannahme Erkundigung einzulegen müssen. Es wurde abschließend die Absendung eines Telegrammes an den Korrespondent auf später verschoben, um erst ein Ergebnis bezüglich der Verhandlungen abzuwarten. Dagegen wurden die unliegenderen größeren Dunkelorte telegraphisch benachrichtigt, so daß die Firma Arbeitskräfte nicht erhielt. Aus welchem Grunde nun gleich im Korrespondent durch eine Warnung Kadab schlagen, etwa um die Marke M. B. oder die Gutenbergs-Bündler auf unsern Ausstand aufmerksam zu machen? T o dem wäre bei entfallenen Beteiligungen abends doch ein Telegramm abgegangen, wie denn auch dieser Bericht ohne durchgeschossenen „Häring“ erfolgt wäre. Denn das wird doch die Korrespondent-Redaktion zugeben müssen, daß schon mancher Ausstand wie der vorgenannte stattgefunden und daß kein Alarmschuss durch die Gau gegangen, sondern man das Ergebnis später unter Korrespondenzen gelesen — oder auch nicht. Was den durch die Presse gegangenen Bericht anbelangt, so war derselbe von Karlsruher Volksfreund aus ohne unser Zutun entstanden; die Redaktion teilte aber ihren Lesern andern Tags auch mit, daß der Ausstand nicht „tariflicher“, sondern geschäftlicher Natur gewesen sei. Die Versammlung billigte denn auch nach einer kurzen Aussprache das Verhalten des Vorstandes. Seine Freude an den Ausführungen der Korrespondent-Redaktion hatte dagegen Herr Dilger jr. (Sohn des Verlegers des Freiburger Boten), welcher den Ausschnitt des Korrespondent nebst Schreiben dem Vorsitzenden überreichte,

worin diesem in verblühter Weise unlautere Motive unterworfen wurden, den Bericht zu Gunsten der Firma unterlassen zu haben. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich bei Verlesung genannten Schreibens und sagte die Versammlung den einstimmigen Beschluß, Herrn Dilger jr. die nötige Antwort zu erteilen, da derselbe sich in inneren Angelegenheiten unserer Organisation nicht einzumischen habe. Dem Vorsitzenden wurde das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen. — Für die Ausständigen in Ermittlung wurden als 2. Rate 50 Mt. bewilligt. — An dieser Stelle sei auch der Maschinenmeister Sp. in Pforzheim darauf aufmerksam gemacht, daß die Bezirksversammlung sich mit seinen wiederholten Angeboten betreffend Kondition bei der Firma Poppen & Sohn nicht befreunden kann, wie denn auch der hiesige Maschinenmeisterfluch schon einmalmal seine Mißbilligung darüber ausgesprochen.

Anmerkung der Redaktion: Unsere Bemerkung in dieser Sache galt weniger den Freiburger Kollegen als derartigen Fällen überhaupt. Man versehe sich in unsere Lage, wenn fortgesetzt in sozialdemokratischen Blättern über Ausstände usw. unserer Kollegen zu lesen ist, das Organ derselben aber wird keiner Benachrichtigung gewürdigt. Diese Rücksichtslosigkeit wird nur noch von dem Bedürfnisse übertrifft, vor allem in der genannten Presse die hauptsächlichsten Vertreter unserer organisatorischen und tariflichen Interessen zu erblicken. Oft genug gehen uns solche Blätter zu, in denen lediglich die Mitteilungen über Konflikte blau angestrichen sind und überläßt man es unserer sprichwörtlichen Untüchtigkeit, eine Korrespondenz daraus zurecht zu bauen. Die Freiburger Kollegen werden jedenfalls gerecht genug sein und einsehen, daß wir über die Art und den Grund des mitgeteilten Ausstandes nichts wissen konnten, somit eher das Schlimmste als das Beste schlussfolgern mußten. Wie die Situation für uns nach dem Eingange der Bremer Bürgerzeitung und anderer Parteiblätter lag das kommt in Betracht für unsern gepörrten „Häring“ und nicht die jetzt erst erfolgte Verichterstattung. Es ist ein fundamentaler Irrtum des obigen Berichtes, daß durch eine Warnungsnotiz im Corr. die M. B. und Gutenbergs-Bündler erst auf den Ausstand aufmerksam geworden wären. Weiß man in Freiburg nichts davon, daß auch die Prinzipale im Falle eines Ausstandes sich ihrer Haut wehren und im „Klimschönen“, in der „Buchdrucker-Woche“ und anderen Blättern telegraphisch Annoncen aufgeben und unter den lockendsten Versprechungen Arbeitswillige zu erhalten suchen? Können wir dies im genannten Falle nicht auch annehmen? Hand auf Herz und gerecht urteil! Was kümmert uns ein Herr Dilger, der unsre Notiz ausgeschrieben und dem Vorsitzenden gesandt hat? Soll mit dieser etwas dunkel gehaltenen Bemerkung vielleicht gesagt sein, daß wir mit unsrer Notiz Prinzipalarbeit verrichtet hätten? Wir gesehen gern zu, daß der Fall in Freiburg anders und günstiger lag, als wir nach den Mitteilungen der Tagespresse annehmen konnten. Aber, verehrte Kollegen, es hätte am Abend des beendeten Ausstandes eine Postkarte genügt und wir wären in der Lage gewesen, die neun Tage später gebrachte erste Notiz unterlassen zu können und unsere von jeher sehr vorzüglichen Beziehungen zu der Freiburger Mitgliedschaft hätten diese vorübergehende Trübung nicht erlitten. Und nun herrscht wohl wieder Frieden in Trojas Hallen?

Freiburg i. B. (Maschinenmeisterverein.) In der am 16. November abgehaltenen Generalversammlung, zu welcher auch die Kollegen von Emmendingen und Lahr erschienen waren, erstattete zunächst der Vorsitzende den Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Denselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf 25 angewachsen ist. Es wurden acht durchweg gut besuchte Versammlungen abgehalten, zu welchen verschiedene Kollegen eingehende Referate über technische Fragen übernommen hatten. Vorträge wurden gehalten über Viktorias-Tiegelpresse, Tonplattenschnitt, Prägedruck, Grundstatut usw. Ein ausführliches Lehrreiches Referat über Unfallversicherung erstattete unser allverehrter Gauvorsteher Sutterer, wie überhaupt genannter Kollege unseren Bestrebungen stets ein reges Interesse entgegenbringt. Auch in der Generalversammlung anerkannte derselbe das erfolgreiche Wirken des Vereines und sagte auch fernerhin seine weitgehendste Unterstützung unseren Bestrebungen zu. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl (s. u. Verbandsnachrichten) ergab die einstimmige Wiederwahl der seitherigen Inhaber dieser Ämter.

St. Gallen. Die am 7. November abgehaltene Monatsversammlung war von etwa 250 Kollegen besucht; ein Versammlungsbescheid, welcher bis jetzt noch nicht zu verzeichnen war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegen Rodenbach, Haas und Wenzel in warmen Worten. Aus den Verhandlungen ist u. a. zu entnehmen, daß für die Ermittlung Weber abermals 50 Mt. aus der Ortskasse bewilligt wurden, eine zum gleichen Zwecke unter den Kollegen vorgenommene Sammlung ergab den Betrag von 69.95 Mt. Für die Unterbringung des inbaliden Kollegen Metz in Freiburg i. B. wurden 10 Mt. als Beihilfe dem dortigen Gauvorstande überwiesen. Der Versammlung lagen wiederum 31 Aufnahmegebühren vor, welche dem Gauvorstande, mit Ausnahme eines Kollegen, empfohlen wurden. Der Quartalsbericht, vom Kollegen Müller gegeben, gab nichts zu erwähnen und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Wegen Resten wurden folgende Kollegen ausgeschlossen: Peter Kappes, Franz Wiesen, Jean Wesel und Heinrich Frank. Ausgetreten sind die

Seher Gaudenz Bell und Fr. Waldheider und der Drucker Johann von der Mdt. Ueber die Verhandlung der letzten Sitzung des Kreis-Amtes referierte Kollege Vertram. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Alsdann gab Kollege Decker als Kartellbelegter einen kurzen Bericht über die letzten kombinierten Sitzungen seitens der Gewerkschaftsvorstände und Kartellbelegter. Redner wünschte, daß die organisierten Buchdrucker an dem Besuche des Gewerkschaftshauses mehr teilnehmen. Da man doch nun ein eignes Heim hätte, müßte man es auch mehr frequentieren. Decker gab ferner bekannt, daß in diesem Winter seitens der freien Gewerkschaften eine Arbeitslorenzählung vorgenommen werden soll und hat gleichzeitig die Kollegen, sich zu dieser Zählung recht zahlreich der Kartellkommission zur Verfügung zu stellen, damit die Sache in einem Tage bewilligt werden könne. Das Vereinslokal ist, da die Gluckenhalle zurzeit geschlossen, durch Versammlungsbescheid nach der Lenz-Erhölung, Sandbahn 1, verlegt worden und findet jetzt wieder regelmäßig jeden Samstag Bücherwechsel und Auslage der Fachzeitschriften statt.

w. Snaafeld (Thüringen). Eine Verkürzung und Vereinheitlichung der Arbeitszeit in den graphischen Geschäften am hiesigen Orte wurde von den Arbeitern der betreffenden Berufe (einschließlich Buchdruckern) schon seit einiger Zeit angestrebt. Wie notwendig ein solcher Schritt war, beweist wohl am besten die Tatsache, daß B. bei Buchdruckern in einem Geschäft die neunstündige, in vier anderen eine 9 1/2 stündige und bei einer Firma die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt war. Bei den Lithographen liegen die Verhältnisse ähnlich. Bei zwei Firmen wurde 8 1/2, bei drei anderen 9 Stunden gearbeitet. Ebenso war auch die Arbeitszeit bei Stein- und Lichtdruckern eine verschiedene. Um dieses Lohnwagnis einmal zu beseitigen und zugleich in der Verkürzung der Arbeitszeit einen Schritt vorwärts zu tun, beschloßen die hiesigen graphischen Arbeiter in einer vor drei Wochen abgehaltenen kombinierten Versammlung, folgende Forderungen an ihre Prinzipale zu stellen: 1. Die Arbeitszeit für Lithographen wird in allen Betrieben auf 8 Stunden festgesetzt. 2. Für Buchdrucker, Stein- und Lichtdrucker, Buchbinder usw. wird einheitlich die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. Wie voranzugehen, wollten die Prinzipale von dieser Forderung absolut nichts wissen und konnten sich diesbezüglich nur dazu verstehen, Montags und Sonnabends die Arbeitszeit um je eine halbe Stunde zu kürzen. Die Geßliten lehnten jedoch dies Zugeständnis als zu minimal ab und beharrten auf ihrem ursprünglichen Verlangen. Jetzt gaben die Arbeitgeber ihrem Verger über die Forderung der Arbeiter darin Luft, daß sie diktatorisch am 7. November anordneten, vom 9. November an dirige weber das bisher übliche (und sogar in den Arbeitsordnungen der betreffenden Geschäfte erlaubte) Frühstück- und Welpferholen getrennt, noch während der Pausen Bier oder andere geistige Getränke genossen werden. Entgegenhandelnden wurde 50 Pfg. Strafe angedroht. Solche kleinliche Nadelstiche waren natürlich nur geeignet, den Zusammenhalt der Arbeiter fester zu schmeiden und was die Prinzipale bezweckten, die Einschüchterung der Arbeiter, schlug in das Gegenteil um. Als die Arbeitgeber den Ernst der Situation einzusehen begannen, willigten sie ein, Unterhandlungen zu pflegen und in einer am 11. November stattgefundenen Zusammenkunft der Prinzipale, welcher als Beauftragter der Arbeiter Redakteur Obier-Leipzig teilnahm, wurde beschloßen, vom 16. November ab für Lithographen die 8 1/2, für Buch-, Stein- und Lichtdrucker die 9 1/2 stündige Arbeitszeit einzuführen und außerdem das Verbot des Frühstückens fallen zu lassen. Die Arbeiter haben nun vorläufig diesem Angebote ihre Zustimmung erteilt, ohne sich jedoch dadurch in bezug auf einen später von den Lithographen, Stein- und Lichtdruckern neu einzuführenden Tarif zu binden, der für diese Arbeiter die acht- resp. neunstündige Arbeitszeit fordert und auch noch andere Zugeständnisse von den Prinzipalen verlangt. Inzwischen sind von den hiesigen Verbandsbuchdruckern und Gutenbergs-Bündlern, welche letztere sich unsern Vorgehen anschlossen, Schritte geschehen, um mit den anderen graphischen Arbeitern bezüglich der neunstündigen Arbeitszeit später gemeinsame Sache machen zu können. Zeigen die Arbeiter auch dann die in letzter Zeit bewiesene Einmütigkeit, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. — In der letzten Versammlung der hiesigen Verbandsmitglieder wurden für die freitrenden Weber in Ermittlung als erste Rate 15 Mt. bewilligt.

Stuttgart. Bericht über die 6. Ordentliche Generalversammlung des Maschinenmeistervereins am 7. November. Einleitend gebachte der Vorsitzende unseres kürzlich verstorbenen Gründers und verdientvollen Führers des Verbandes, Kollegen Richard Härtel, in anerkennenden Worten. Dank der Unterstützung des vereidigten Gauvorstandes in finanzieller und materieller Beziehung waren wir in der Lage, dem gedruckten vorliegenden Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte eine Statistik über konditionslose und Kranke, eine solche über die Verhältnisse in den Maschinenläden des Gauces Württemberg beizufügen und unsern Mitgliedern zu unterbreiten. Von allgemeinem Interesse dürften folgende Auszüge sein: Es waren vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903 115 Kollegen (einschl. 9 Schwelgerdegen und 1 Tiegeldrucker) 1010 Wochen konditionslos. Davon kommen auf Stuttgart 81 Kollegen mit 829 Wochen und auf die Provinz 34 Kollegen mit 181 Wochen. Es kommen durchschnittlich 19 Konditionslose auf die Woche. Durch

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 136. — Dienstag den 24. November 1903.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

sind 147 Maschinenmeister einjähr. 9 Schweizerdegen. Krank waren 140 Kollegen 711 Wöchl. Davon kommen auf Stuttgart 109 Kollegen mit 541 Wochen und auf die Provinz 31 Kollegen mit 170 Wochen. Aus der allgemeinen Statistik des Gaus ist zu ersehen, daß 29 Notationsmaschinen, 577 Schnell- und 206 Ziegeldruckpressen in 115 Druckereien stehen, welche von 547 Maschinenmeistern und 33 Schweizerdegen bedient werden, wovon 419 Verbandsmitglieder und 71 Nichtverbandsmitglieder sind. Lehrlinge kommen 139 in Betracht, davon entfallen auf Stuttgart 78 und auf die Provinz 61. Fragebogen wurde 132 ausgegeben, von denen 117 beantwortet wurden. Die Vereinsgeschäfte wurden in 12 Ausschüßsitzungen und 5 Versammlungen, wovon 3 mit Vorträgen verbunden waren, erledigt. Dem Bericht der Revisoren ist zu entnehmen, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden wurden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Der vom Ausschusse vorgelegte Entwurf der lokalen Vereinsbestimmungen wurde dem Grundstatut der deutschen Maschinenmeistervereine angepaßt und von der Versammlung ein bloc angenommen. Hieraus erfolgte Neuwahl des Ausschusses (siehe Verbandsnachrichten). Als Revisoren wurden die Kollegen Wilhelm Herrmann und Wilhelm Star wiedergebählt. Nach Bekanntgabe einiger lokalen Angelegenheiten schloß hierauf der Vorsitzende die mäßig besuchte Generalversammlung.

Rundschau.

Ein Porträt Benzels hat die Buchdruckerei Schmalz & Laßinger in Mannheim (Lit. B 1; 2) anfertigen lassen, das in tünftvoller Reproduktion die lebenswahren Züge Benzels der Nachwelt festgehalten hat. Verehrern und Freunden des allzu früh Verstorbenen wird dieses Bild ein schätzbares Andenken an den Heimgegangenen sein, zudem der Preis des Bildes in elegantem Passepartout nur 50 Pf. kostet. Dasselbe Bild unter Glas und Rahmen liefert die betr. Firma für 1,80 Mk.

Bezahlung mit Margarine. In bezug auf die diesbezügliche Notiz in Nr. 126 des Cor. erhalten wir folgende Zuschrift: „Wir lesen im redaktionellen Teile Ihres Blattes eine Mitteilung, die Bezahlung von Annoncen durch Margarine betreffend, welche geeignet ist, das Ansehen der Margarinefabriken zu schädigen und im Publikum irriige Vermutungen zu erwecken. In manchen Mäntern ist auch von Mohr'scher Margarine die Rede, welche Bezeichnung uns gesetzlich geschützt ist, so daß wir durch solche Verrentlichungen direkt geschädigt werden, wenn nicht eine entsprechende Berichtigung erfolgen sollte. Wir bitten Sie deshalb Ihre bezügliche Mitteilung dahin ergänzen zu wollen, daß es sich in dem angegebenen Falle nicht um unsere Firma, A. L. Mohr, Altiengeseilschaft, Altona-Bahrenfeld, sondern um die Firma Rahm-Margarine-Fabrik Mohr & Co., G. m. b. H., Kiel, handelt, zu welcher wir absolut keine Beziehung unterhalten und also dabei nicht die uns gesetzlich geschützte Bezeichnung Mohr'sche Margarine in Betracht kommt, sondern lediglich die Fabrikate der Firma Rahm-Margarine-Fabrik Mohr & Co., G. m. b. H., Kiel, Sachadungs-Voll A. L. Mohr, Altiengeseilschaft.“

In Stettin klagen die Druckereibesitzer über aufschreienden Rückgang der Lehrlingsangebote, von jenen innerhalb der Lehrlingskala zu begehenden Stellen konnten nur drei ausgefüllt werden. Die Stettiner Preisliste meinen nun, in anderen Großstädten wäre die gleiche Beobachtung zu machen, was jedoch nach unseren Wahrnehmungen nicht zutreffend ist, eher ist das Gegenteil zu konstatieren.

In München soll das Bolontärwesen von findigen Prinzipalen wieder mehr in Anwendung kommen, um dem Tarife mit seiner Lehrlingskala ein Schnippchen zu schlagen und den Konkurrenzkampf noch etwas unschöner zu gestalten. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Personen, welche auch nur die kleinste Entschädigung erhalten, nicht als Bolontäre, sondern als Lehrlinge gelten. (Karikomm. Seite 130, Nr. 209.)

Der die Dresdener Stadtverordnetenversammlung schon längere Zeit beschäftigende Entwurf über die Vorschriften zur Bekämpfung von Vleterkrankungen ist auf eine Eingabe unsers dortigen Geworverbandes und des Vertrauensmannes der Maler, Lackierer und Kunstreicher nochmals an den zuständigen Ausschuß zurückverwiesen. Besagte Vorstände verlangen, daß auch die Meinung von Arbeitnehmern darüber gehört werde und die Stadtverordneten erkannten die Berechtigung dieses Ersuchens an.

Auf der Weltausstellung in St. Louis wird das deutsche Buchgewerbe und die Photographie mit einer besonderen Ausstellung vertreten sein. Der deutsche Buchgewerbeverein hat die Arrangierung übernommen und wird unter Mitwirkung des Herrn Bruno Möhring den in dem Gebäude für freie Künste gelegenen, 1200 qm großen und durch Oberlicht erhellenen Raum

in einheitlicher und vorzüglicher Weise dekorieren. Den Mittelraum von etwa 100 qm Bodenfläche wird die Reichdruckerei mit ihren hervorragenden Erzeugnissen besetzen. Rechts davon wird die von Professor Dr. Miethe zusammengestellte Gruppe der Künsthphotographie Platzierung, links soll die Abteilung Buchkunst Unterkunft finden. Eine große Anzahl namhafter Druckhäuser wird dann die letzte Gruppe bilden.

Der von der Firma E. A. Seemann in Leipzig veranstaltete Wettbewerb für Radierung und Holzschnitt zeitigte 365 Eingänge. Der erste Preis (800 Mk.) wurde Heinrich Reifferscheid in München, der zweite (500 Mk.) Karl Hofer in Rom, der dritte (400 Mk.) Marie Stein in Oldenburg, der vierte (300 Mk.) Marie Gunz in St. Gallen zuerkannt. In welcher Weise die übrigen 361 Einlieferer für ihre Mühe und Arbeit auch nur einigermaßen entschädigt wurden, wäre jedenfalls interessant zu erfahren. Auf diesem Gebiete ist eine Reform auch sehr vonnöten.

Gegen die Durchstechereien mit Geschäftsangelegten finden am 26. und 27. November in Leipzig Beratungen der Farbherfabrikanten, Schriftgießereibesitzer und Maschinenfabrikanten mit Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins, des Reichsverbandes österreichischer Buchdruckereibesitzer und des Vereins Schweizerischer Buchdruckereibesitzer statt, um ein einheitliches Vorgehen gegen diesen mit der Zeit immer mehr eingerissenen Uebelstand zu vereinbaren. In der letzten Nummer der Zeitschrift waren wieder recht drastische Fälle aufgeführt, welche das Schmiergelberwesen in tatsächlich recht schlechtem Lichte erscheinen lassen. Wir stimmen vollständig dem Hauptvorschlage eines Einlenbers zu: man bezahle die Geschäftsführer, Faktoren und Männer seines Vertrauens anständig, dann wird, unter Voraussetzung der nötigen Ehrlichkeit bei den Lieferanten, auch schon etwas zu erreichen sein gegen diesen Mißstand, den wir von jeher entschieden verurteilt haben.

Der Geschäftsbericht der Berliner Maschinenbau-Gesellschaft vom 1. Schwarzkopff zeigt eine Belebung des Geschäfts in der Abteilung Linotypen-Setzmaschinen. In letzter Zeit seien die Aufträge in so reicher Anzahl eingegangen, daß die geschäftlichen Aussichten für absehbare Zeit sehr glänzende wären — um so schärfer aber die Perspektive für Segler!

Die „Kunst“ auf der Straße. Neulich wurde uns auf der Straße ein Schnippelchen Papier in Größe von 86:77 mm in die Hand gedrückt. In greulichem Satz- und Mühsalstimmung repräsentierte sich auf diesem schmützigen und dreckigen Fetzen ein — Gutsehen einer „Buchdruckerei“, welche bei Vorzeigung dieses Zettels Drucksachen „aller Art“ und in „feinster Ausführung“ mit 10 Proz. Rabatt liefern will. Was dieser Herr A. Hahnemann in der Johannisgasse Nr. 10 zu Leipzig hier dem Straßenpublikum bietet, übersteigt selbst die Verhöhnung der Kunst Johann Gutenberg's auf Messen und Jahrmärkten und gibt wieder einen Grabmesser für die Verstandnislosigkeit der Masse ab.

Zybillische Zustände müssen in der in Petersburg erscheinenden antimilitarischen Zeitung Snamija herrschen, also der Besitzer stets mit zwei geladenen Revolvern umhergezogen, während zwei gleiche Werdwörterzeuge stets schuhbereit in seiner Schublade lagern. Auch der Faktor ist bis an die Zähne bewaffnet, der gute Mann hält diese kriegenmäßige Ausrüstung nach seinen Anweisungen zu tragen für eine der typographischen Hauptregeln. Neulich war der Besitzer dieses Kunstmotels auf und daran, dem Metteur wegen verspäteter Fertigstellung der Zeitung eine Kugel durch den Kopf zu jagen. Selbstverständlich verließ dieser in größter Eile wieder die gastliche Stätte und erwiderte die Bestrafung des liebenswürdigen Chefs zu einer kleinen Geldbuße.

Die Inhaber der zyklographischen Anstalten haben sich unumkehrbar ebenfalls organisiert. Die neueste Unternnehmervereinigung im graphischen Gewerbe nennt sich Bund der zyklographischen Anstalten Deutschlands und wird ihren Sitz in Braunschweig haben. Den Mißständen im Verufe glaubt man zutreffenderweise nur in Gemeinschaft mit den Gehilfen auf den Leib rücken zu können. Als Grundlage einer solchen Verständigung erachtete man die Verschmelzung der Prinzipale, daß dieselben nur der Arbeitnehmerorganisation angehörige Gehilfen beschäftigen und umgekehrt organisierte Gehilfen nur bei Bundesmitgliedern Stellung nehmen dürfen. Auf diese Weise denkt man beide Teile dem Organisationsgedanken zuzuführen und wenn dies geschieht, lasse sich über alle gewerblichen Fragen eine erfolgversprechende Verständigung erzielen.

Die Münchener Allgemeine Zeitung beging dieser Tage ihr hundertjähriges Jubiläum als bayerische Zeitung. Dieses seit neudeutlicher Zeit offiziöse Regierungsorgan erschien ursprünglich in Württemberg, wo es verboten wurde und deshalb von Stuttgart nach Ulm überfiel. Später wurde die allgemeine Zeitung nach Augsburg und dann nach München verlegt.

Der Volks-Schillerpreis wird nach nunmehr erzielter Verständigung erstmalig am 5. Mai 1905, dem hundertsten Todestage Schillers, zur Verteilung gelangen. Die Anregung dazu ging von dem Berliner Goethe-Bunde aus.

Auf der Adressseite der Postkarten darf nicht rabiert werden, wohl aber sind Änderungen durch Ausstreichen und Ueberstreichen zulässig. Die allgemein große Unkenntnis über diese Bestimmung läßt einen Hinweis auch im Corr. notwendig erscheinen.

Die Rückwirkungen der Krise läßt auch der Bericht des Berliner Arbeitshauses wieder deutlich erkennen. In den letzten drei Jahren vermehrte sich nämlich die Zahl der männlichen Korrigenden auf 851, 1184 und 1524. Ueberweisungen fanden statt in den Jahren 1900, 1901 und 1902: wegen Bettelns 632, 853, 964; wegen Obdachlosigkeit 219, 321, 524.

Nach der Allgemeinen Fleischer-Zeitung ist eine beträchtliche Steigerung der Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch in Sicht. Der Berliner Viehmarkt habe innerhalb fünf Tagen für den Zentner Schlachtgewicht eine Steigerung von 16 Proz bei Rindern, 11 Proz. bei Schafen und 30 Proz. bei Kalbern gezeigt. Diesen Aufschlag könnten die Schlächter nicht allein tragen. Das sind nette Aussichten für den Winter.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind für England anscheinend noch trauriger, als nach den bisherigen Berichten angenommen werden mußte. Der Londoner Grafschaftsrat beschäftigt sich beispielsweise gegenwärtig mit Maßnahmen, um den Folgen größerer Arbeitslosigkeit im Winter vorzubeugen.

Der Zentralverband deutscher Metallindustrieller will gegen die Verkürzung der Arbeitszeit energigsten Widerstand leisten. Aus Anlaß eines von den Magdeburger Metallarbeitern unternommenen Versuches auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit ist ein Rundschreiben an sämtliche lokale Vereinigungen ergangen, solchen Bestrebungen nicht das geringste Entgegenkommen zu zeigen, es müsse strikte an dem Bestehenden festgehalten werden. Die von der Werftarbeiterausperrung her bekannte Firma Blohm & Voß in Hamburg soll besonders gegen die Verkürzung der Arbeitszeit eifern und die Haupturheberin dieses neuen Ufaes sein. Nun, auch dieser Widerstand wird zu brechen und Brechselegel werden die Gewerkschaften sein.

Gute Nacht, Ven Afrika! Aus Oligis wird berichtet, ein kürzlich dort verstorbenen Knecht habe seinem langjährigen, sehr gut situierten Arbeitgeber seine sich auf 14000 Mk. belauenden Ersparnisse vermacht.

Die bayerische Verkehrsreform soll auch die Einführung der vierten Wagenklasse bei den Staatsbahnen vorsehen.

Der verantwortliche Redakteur der Münchener Post hatte die geradezu skandalöse Behandlung der Kellnerinnen eines Hotels zur Sprache gebracht und für den Wirt eintägige wenig schmeichelhafte Worte an diesen Vorfall geknüpft. Der sich beleidigt fühlende Hotelbesitzer stellte Strafantrag gegen den Redakteur und so kam denn die Sache vor Gericht. Die über diesen Fall gepflogenen Verhandlungen bieten insofern allgemeines Interesse, als der angeklagte Redakteur mit seinen vorgetragenen Anschuldigungen über die unbedingte Anwendbarkeit des § 193 in allen solchen Fällen seine Gerichte Hofe durchdrang. Entgegen der vom Reichsgerichte geübten Spruchpraxis behauptete er, daß die Vertretung fremder Interessen einem Redakteur gleichbedeutend sei mit der Wahrung berechtigter Interessen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und sprach den Redakteur in allen Punkten frei.

Na also! Der Bierkonsum in München ist wie in den vorhergegangenen Jahren auch im Jahre 1902 zurückgegangen. Während er im Jahre 1901 noch 341 Liter pro Kopf der Einwohnerchaft betrug, fiel er im vorigen Jahre auf 298 Liter. Von den 26 bestehenden Bierbrauereien wurden im Jahre 1902 an 1408162 Hektoliter Malz verbraucht, von denen 139749 Hektoliter speziell bei der Schaumbierzeugung zur Verwendung kamen. Unter Zugrundelegung der Berechnung, daß 2,2 Hektoliter Bier aus 1 Hektoliter Malz produziert werden, ergibt sich eine Bierproduktion von 3074344 Hektolitern. Davon wurden 1517998 Hektoliter Bier in München allein verbraucht. Seit dem Jahre 1886, in welchem der Bierkonsum 487 Liter pro Kopf der Bevölkerung betrug, ist der Bierverbrauch in München in stetem Rückgange!

Wegen Eigenbleibens bei einem Kaiserhoch wurde von der Strafkammer in Sagan ein Zigarrenmacher zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zu einer Versammlung am Reichstagswahltag hielt ein Pastor eine Rede, dieselbe mit einem Kaiserhoch beendend. Während dessen stülpte der Verurteilte seine Kopfbedeckung auf und ließ sich auf einen Stuhl nieder — er vermutete, das Hoch gelte dem konservativen Kandidaten!

Wegen Majestätsbeleidigung beschlagnahmt ist die Nummer 963 des Fabrikantenorgans Rheinisch-

